

# Sicherheit

## Wahlthemen im Parteivergleich



Sicherheit, flickr/Stephan Dinges, CC BY-ND 2.0

## Wofür stehen die Parteien?

---

*Position der CDU/CSU*

---

*Position der SPD*

---

*Position der Linke*

---

*Position Bündnis 90/Die Grünen*

---

*Position der FDP*

---

*Position der AfD*

---

## Sicherheit im Wahlkampf

Sicherheit, sowohl im Inneren als auch außerhalb Deutschlands, war bei der Wahl 2013 als Wahlkampfthema noch nicht vergleichbar präsent, wie es bei dieser Bundestagswahl der Fall ist.

Innere Sicherheit fällt größtenteils unter den Hoheitsbereich der Länder. In Deutschland gibt es zwar auf Bundesebene das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei, doch die 16 Länderpolizeien bilden den weitaus größeren Personalanteil. Von rund 310 000 Beschäftigten im Polizeibereich fallen rund 270 000 Stellen auf die Länderebene.

Trotzdem ist die Aufstockung der Polizei ein Themenpunkt mehrerer Wahlprogramme. Darüber hinaus thematisieren die Wahlprogramme die Transparenz, die Zusammenarbeit der Behörden und die Überwachung der Bürger, z.B. per Videoüberwachung.

Quelle:

*BpB: Polizeien in Deutschland*

*Destatis: Personal im öffentlichen Dienst, 2.8.1*

## Zahlen und Fakten

+ Deutschland hat im Europavergleich wenig Polizisten.

+ Innerhalb Deutschlands unterscheidet sich die Polizeidichte stark.

+ Europaweit gibt es in Deutschland zwar viele Straftaten, aber wenig Delikte pro Einwohner.

Logo der Union CDU/CSU

## Position der CDU/CSU

Der bekannt gewordene Satz der Kanzlerin "Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei" hat es auch in das Wahlprogramm geschafft. In diesem Sinne steht die Union hinter einer europäischen Verteidigungsunion. Die Außengrenzen sollen stärker gegen illegale Migration geschützt werden, unterstützt durch weiteren Abkommen mit afrikanischen Ländern nach dem Vorbild des Abkommens mit der Türkei.

CDU und CSU sehen sich als "Parteien der inneren Sicherheit". 15 000 neue Stellen möchten die Parteien bundesweit bei der Polizei schaffen. Ein "gemeinsames Musterpolizeigesetz" der Bundesländer soll Vernetzung und gleiche Standards fördern. Videoüberwachung an "öffentliche Gefahrenorten" befürwortet die Union. Die Bundeswehr soll die Polizei z.B. bei schweren Terrorangriffen unterstützen. Zusätzlich möchte die Union die Bundeswehr bis 2024 um 18 000 neue Stellen vergrößern. Ein weiteres Ziel: mehr Geld für Verteidigung. Der Verteidigungsetat soll ebenfalls bis 2024 von aktuell rund 1,2 Prozent auf zwei Prozent des BIP erhöht werden.

(S. 6, 55, 56, 60-61, 63, 65)

---



SPD Logo

## Position der SPD

Die Partei möchte die Datensysteme der Sicherheitsbehörden national stärker verzahnen. Gesetzesverschärfungen allein reichen den Sozialdemokraten nicht, um gegen Terror und extremistische Gewalt vorzugehen. Prävention, ein stärkerer Zusammenhalt der Gesellschaft und die Arbeit der Sicherheitsbehörden führten zum Erfolg. Die Polizei möchten sie daher um 15.000 Stellen aufstocken. "Eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab."(S.53/54)

Die SPD steht zur Bundeswehr, aber "völlig unnötige und unrealistische Steigerungsraten des deutschen Verteidigungshaushaltes" lehnt sie ab.

Für die Sicherheit an Europas Grenzen fordert die SPD, die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums zu verstärken. Zusätzlich plant sie, eine Europäische Staatsanwaltschaft und ein europaweites Anti-Terror-Zentrum einzurichten. Eine europäische Verteidigungsunion mit europäischer Armee strebt die SPD an.(54-57)

---



Logo der Linken

## Position der Linke

Innenpolitisch stellt die Linke eine Verrohung des gesellschaftlichen Klimas fest. Sie spricht sich gegen eine staatliche Überwachung aus. Die Partei kritisiert die intransparente und ineffiziente Arbeit der Geheimdienste und fordert, keine V-Leute mehr einzusetzen und langfristig Geheimdienste abzuschaffen. Die Polizei soll bürgernaher werden und ihre Aufgabenverteilung überprüft werden.

Äußere Sicherheit soll nicht mithilfe des Militärs hergestellt werden: "Wir lehnen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab", schreibt die Linke in ihrem Wahlprogramm. Rüstungsausgaben sollen gesenkt werden.  
(S. 4, 8, 119-121)

---



Logo der Grünen

## Position Bündnis 90/Die Grünen

"Wir statten Gerichte, Polizei und Sicherheitsbehörden besser aus – mit mehr Personal, einer guten Aus- und Weiterbildung und zeitgemäßer Technik", so beschreiben die Grünen ihre Position zur inneren Sicherheit. Statt weiterer Grundrechtseingriffe fordern sie "wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung". Sie sind gegen Vorratsdatenspeicherung und möchten Videoüberwachung nicht generell sondern nur an gefährlichen Orten ermöglichen. Gefahren für die innere Sicherheit sehen sie im Dschihadismus und Rechtsextremismus. Die Bundeswehr möchte die Partei auch künftig nicht im Inneren einsetzen. Ein weiterer Punkt: Der Verfassungsschutz soll reformiert werden.

"Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll", befinden die Grünen. Mehr Geld für Rüstung lehnen sie daher ebenso ab wie Waffentransporte, die ein Rüstungsexportgesetz weiter beschränken soll. Sie möchten stattdessen 0,7 Prozent des BIP in die Entwicklungsarbeit stecken und die Kooperation auf europäischer und internationaler Ebene stärken: "Die Welt wird nur sicherer werden, wenn wir international nicht weniger, sondern enger zusammenarbeiten." Die Nato sehen sie dabei als wichtigen Partner für Europa. An den Vereinten Nationen möchten sie sich finanziell stärker beteiligen. Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen stärker geprüft und evaluiert werden.  
(S. 67, 75, 85, 86, 88, 117, 136, 138, 140-142)

---



Logo der FDP

## Position der FDP

Zur Terrorismusbekämpfung, insbesondere gegen den internationalen islamistischen Terrorismus, fordert die FDP mehr internationale Kooperation und Datenaustausch. Salafisten möchte sie mit Einreise- und Versammlungsbeschränkungen sowie konsequenterer Strafverfolgung begegnen. (S. 64)

In Sachen innere Sicherheit ist die FDP gegen eine flächendeckende Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und dagegen, "alle Bürger unter Generalverdacht zu stellen": "Mehr gespeicherte Daten schaffen nicht mehr Sicherheit", stattdessen sei fehlendes Personal in Sicherheitsbehörden das Problem. Polizei und Justiz sollten daher mehr Geld bekommen und stärker digitalisiert werden. Die Struktur der Sicherheitsbehörden möchten die Freien Demokraten entschlacken, da "zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig" seien. (S. 2, 39-41)

---



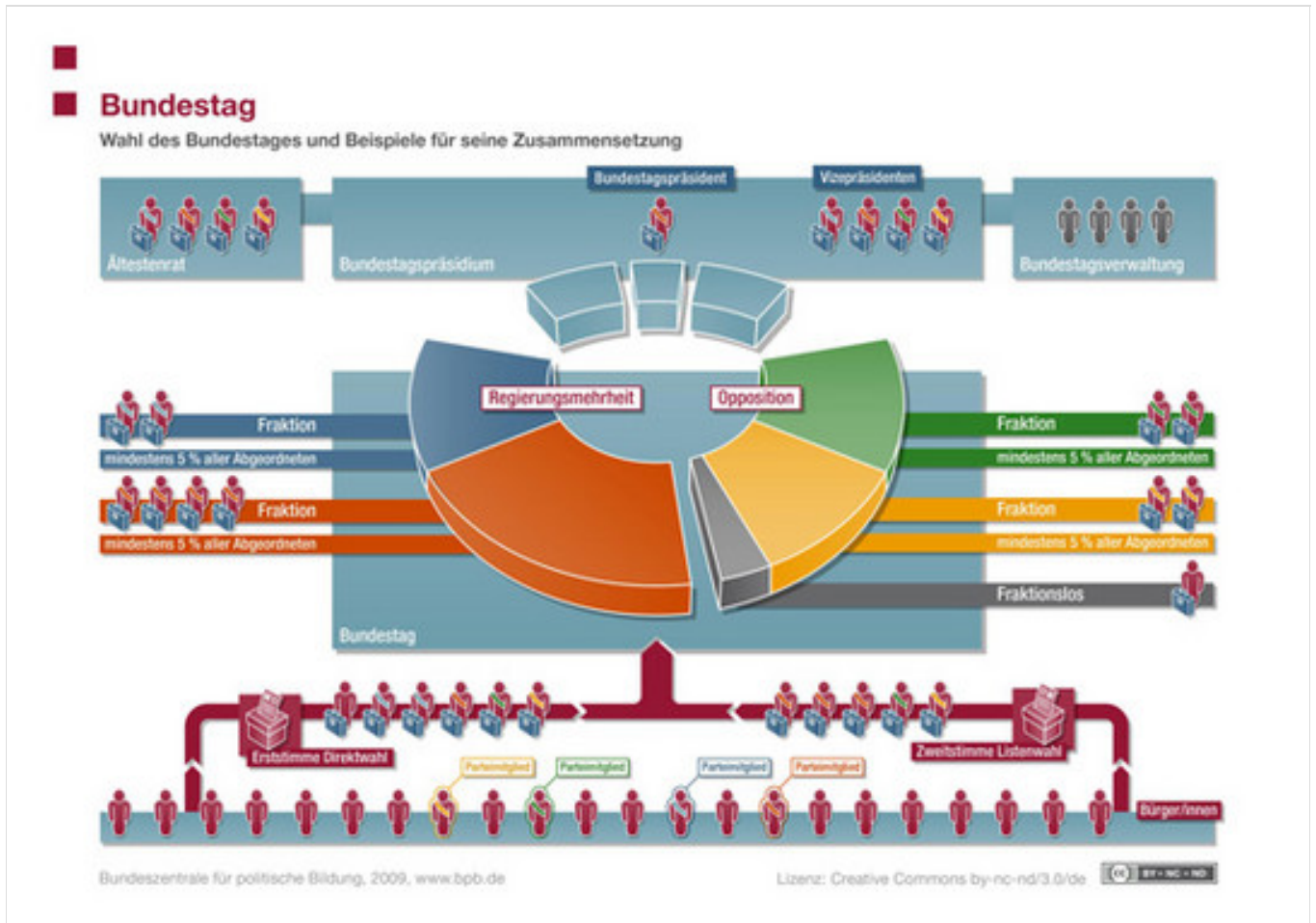
Logo der AfD

# Position der AfD

Die AfD fordert den Aufbau eines deutschen Grenzschutzes. Die größte Bedrohung sieht sie durch den „internationalen islamischen Terror“, der mit „allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“ bekämpft werden müsse. „Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab“ - stattdessen möchten sie eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie. Dazu soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden.

Innenpolitisch sieht die Partei einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Ausländern. Besonders eine höhere Anzahl der Muslime stelle „eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens“ dar. Sie fordert die Ausweisung krimineller Flüchtlinge. Ein weiteres Ziel der Partei ist ein dauerhafter Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat. Die IT-Sicherheit soll zum Schutz vor Industriespionage erhöht werden. Konkrete Maßnahmen nennt die AfD nicht.

(S. 17-19, 33, 65)



## Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland

Wie wird der Bundestag gewählt? Was ist wichtiger: die Erst- oder die Zweitstimme? Was sind Überhangmandate? Was bedeutet die Fünf-Prozent-Klausel?

*mehr dazu lesen*

## Umfragen zur Bundestagswahl

Wenn am kommenden Sonntag der neue Bundestag gewählt würde...

*zu den Umfragen*

### Die Wahl 2017

Wahlergebnis & Kurzanalyse  
Wahlanalyse  
Wahlstatistik  
Stimmen zur Wahl  
Koalitionsverhandlungen  
Rückblick: Das Wahljahr 2017

### Das Wahlsystem

Wahlsystem  
Stimmabgabe  
Wahlrecht  
Wahlrechtsreform  
Sitzberechnung  
Demokratie  
Frauenwahlrecht  
Häufig gestellte

### Parteien und Spitzenkandidierende

Parteiübersicht  
Spitzenkandidierende  
TV-Duelle  
Wahlprogramme  
Wahlthemen im Vergleich  
Videos: Parteiencheck

### Der Bundestag

Übersicht  
Aufgaben  
Abgeordnete  
Bundesregierung  
Bundeskanzler/-in

### Baden-Württemberg

Wahlergebnis BW 2017  
Bundestagswahl in Baden-Württemberg  
Direktmandate  
Spitzenkandidierende  
Landeslisten

### Weitere Infos

Materialien der LpB BW  
ALLgemeine Links  
MedienLinks  
Veranstaltungen  
Logo Bundestagswahl 2017  
Bundestagswahl 2013

Rückblick: Umfragen  
Warum wählen?  
Termine und Fristen  
Einfach erklärt:  
Wählen

Fragen

Wahlkampagnen  
Was sind Parteien?

Folgen Sie uns auf

